MAILINGWORK

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Positive Group Chemnitz GmbH

Version 2.0a | Gültig ab 01.06.2025 | Stand 03.11.2026

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. Grundlegende Bestimmungen

1.1 Die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachfolgend als „AGB“ bezeichnet) gelten für alle Verträge zwischen der Positive Group Chemnitz GmbH, Schönherrstraße 8, 09113 Chemnitz, Deutschland (nachfolgend auch als „Anbieter“ oder mit „wir“ bezeichnet) und ihren Kunden (nachfolgend auch als „Kunde“ bezeichnet), die insbesondere durch die Annahme unserer Angebote zustande kommen (siehe hierzu auch die Ziff. 3 dieser AGB). Die AGB regeln die Nutzung der E-Mail-Marketing-Software „MAILINGWORK“ (nachfolgend „Softwarelösung“ genannt) sowie die Inanspruchnahme zugehöriger Services. Die detaillierte Leistungsbeschreibung, die sämtliche Leistungsmerkmale und Nutzungskonditionen der Softwarelösung umfasst, finden Sie unter www.mailingwork.de/vertragsmanagement. Diese Leistungsbeschreibung ist als integraler Bestandteil dieser AGB zu betrachten. Anbieter und Kunde werden nachfolgend gemeinsam auch als „Parteien“ bezeichnet.

1.2 Soweit nicht anders vereinbart, wird der Einbeziehung gegebenenfalls vom Kunden verwendeter eigener Allgemeiner Geschäftsbedingungen widersprochen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden finden damit keine, insbesondere keine stillschweigende Anwendung, es sei denn, wir stimmen der Geltung ausdrücklich zu.

1.3 Sollte der Anbieter im Rahmen des Vertragsverhältnisses mit dem Kunden personenbezogene Daten für den Kunden im Auftrag verarbeiten, erfolgt diese Verarbeitung auf Basis des Auftragsverarbeitungsvertrages gem. Art. 28 DSGVO („AVV“). Der AVV liegt hierbei dem Angebot als Anlage bei und wird wirksam mit Annahme des Angebotes.

2. Unternehmereigenschaft des Kunden

2.1 Die Leistungen des Anbieters, mithin insbesondere die Zurverfügungstellung der Softwarelösung, sowie sämtliche Regelungen dieser AGB, richten sich ausschließlich an Unternehmer im Sinne von § 14 BGB, juristische Personen des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliche Sondervermögen, Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Vereine. Ein Vertragsschluss mit Verbrauchern ist ausgeschlossen.

2.2 Unternehmer ist jede natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts, d. h. insbesondere einem Vertragsschluss über die Nutzung der Softwarelösung, in Ausübung ihrer selbständigen beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit handelt.

2.3 Der Anbieter überprüft die Unternehmereigenschaft des Kunden vor dem Vertragsschluss und behält sich vor, vom Kunden weitergehende geeignete Nachweise wie insbesondere die Gewerbeanmeldung zu verlangen.

3. Zustandekommen des Vertrages

3.1 Der Gegenstand des Vertrages zwischen den Parteien ist die Vereinbarung der Nutzung der Softwarelösung durch den Kunden. Bei der Softwarelösung des Anbieters handelt es sich um ein Versandsystem für E-Mails.

3.2 Die unter der Domain www.mailingwork.de abrufbare Internetseite (nachfolgend als „mailingwork.de“ bezeichnet) und die dort abgebildeten Leistungs- und Produktbeschreibungen stellen, sofern nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, kein verbindliches Angebot des Anbieters zum Vertragsschluss dar und sind somit stets unverbindlich.

3.3 Der Kunde kann ein verbindliches Angebot des Anbieters per E-Mail, über das auf mailingwork.de bereitgestellte Online-Anfrageformular oder über die auf mailingwork.de dargestellten Kontaktinformationen anfragen.

3.4 Der Anbieter wird dem Kunden, sofern der Anbieter alle hierfür notwendigen Informationen des Kunden eingeholt hat, ein verbindliches Vertragsangebot per E-Mail, an die vom Kunden zur Kommunikation mit dem Anbieter angegebene E-Mail-Adresse senden.

3.5 Ein verbindlicher Vertrag über die Nutzung der Softwarelösung kommt zustande, wenn der Kunde das Angebot des Anbieters ohne Änderungen hieran gemacht zu haben, annimmt (z. B. per E-Mail).

4. Vertragsgegenstand und Leistungsumfang

4.1 Der Anbieter stellt dem Kunden, vorbehaltlich der vollständigen Begleichung offener Forderungen des Anbieters, einen Zugang zur webbasierten Softwarelösung gemäß der aktuell gültigen Leistungsbeschreibung bereit. Die Zugangsdaten (User Login) werden mit Beginn der Vertragslaufzeit an die vom Kunden angegebene E-Mail-Adresse gesendet, sofern nicht anders vereinbart.

4.2 Mit Beginn der Vertragslaufzeit stellt der Anbieter dem Kunden Login-Daten für den produktiven Account der Softwarelösung bereit. Sollte der Kunde diese oder weitere von ihm eingerichtete Login-Daten für zusätzliche Nutzer bereitstellen, so hat er diese Nutzer unverzüglich auf die Geltung und Einhaltung der Regelungen dieser AGB, insbesondere hinsichtlich der ordnungsgemäßen Nutzung der Softwarelösung, hinzuweisen und sie vertraglich zu verpflichten. Der Kunde haftet für das Handeln dieser Nutzer und steht hierfür wie für eigenes Handeln ein, da der Anbieter die Einhaltung der AGB durch die zusätzlichen Nutzer nicht kontrollieren kann.

4.3 Der Umfang der dem Kunden eingeräumten Nutzungsrechte richtet sich nach dem gewählten Software-Tarif. Die hierfür verbindlich angebotenen Preise werden dem Kunden zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im Rahmen des Angebotes mitgeteilt und gelten bei Annahme des Angebotes als vereinbart.

4.4 Der Anbieter hat das Recht, in der Softwarelösung während der Laufzeit des Vertrages mit dem Kunden nach eigenem Ermessen Updates, Upgrades, Erweiterungen und andere wesentliche Verbesserungen zur Verfügung zu stellen. Der Kunde erkennt an, dass solche Maßnahmen zu Änderungen des Erscheinungsbildes und/oder der Funktionalität der Softwarelösung, der unterstützten Umgebung führen können und/oder dass die fortgesetzte Nutzung der Softwarelösung es erforderlich machen kann, dass der Kunde sein eigenes System aktualisiert, einschließlich neuer Betriebssysteme oder Web-Browser.

4.5 Der Anbieter stellt dem Kunden mit der Softwarelösung und ihren Funktionen ausschließlich eine technische Grundlage zur Verfügung, die es dem Kunden ermöglicht, im Rahmen der vertraglich erworbenen Leistungen (siehe insbesondere die Leistungsbeschreibung) eigene Anwendungen und Zwecke abzubilden. Der Anbieter haftet, vorbehaltlich gesetzlich zwingender Haftungsregelungen, weder für Handlungen, die der Kunde oder dessen Nutzer mit der Softwarelösung vornehmen, noch für Inhalte, die über die Softwarelösung verarbeitet werden. Für sämtliche Handlungen und verarbeiteten Inhalte gelten ausschließlich die zwischen dem Kunden und seinen Geschäftspartnern, Kunden, Mitarbeitern etc. getroffenen Vereinbarungen.

4.6 Der E-Mail-Versand erfolgt über die Server des Anbieters, welche sich in der Bundesrepublik Deutschland befinden.

4.7 Für die Berechnung der versendeten E-Mails und des damit einhergehenden E-Mail-Traffics gelten die Bestimmungen des mit dem Kunden vereinbarten Versandtarifs.

4.8 Soweit im Angebot nicht abweichend vereinbart, verfällt in einem vereinbarten abgegrenzten Zeitraum ungenutztes E-Mail-Volumen und/oder SMS-Volumen automatisch.

4.9 Für die Inanspruchnahme der Softwarelösung gelten die mietrechtlichen Vorschriften. Instandhaltungsmaßnahmen wie Updates, Patches, Hotfixes sind Bestandteil der Leistung des Anbieters. Ein weitergehender Support wird bei entsprechender Vereinbarung angeboten. Über die Instandhaltungsmaßnahmen hinaus findet das gesetzliche Mietmängel-Gewährleistungsrecht Anwendung.

5. Nutzungsrechte

5.1 Der Vertrag über die Nutzung der Softwarelösung stellt einen Mietvertrag im Sinne eines Software-as-a-Service-(SaaS)-Modells dar. Der Anbieter stellt dem Kunden die Softwarelösung über das Internet bereit und übernimmt während der Vertragslaufzeit die üblichen Instandhaltungsmaßnahmen (z. B. Updates, Patches, Fehlerbehebungen). Ein Anspruch auf Upgrades oder neue Funktionalitäten besteht nur bei ausdrücklicher Vereinbarung. Der Kunde erhält ein einfaches, nicht ausschließliches, auf die Vertragslaufzeit befristetes und räumlich unbeschränktes Nutzungsrecht gemäß der gültigen Leistungsbeschreibung. Eine Unterlizenzierung oder Übertragung ist ausgeschlossen. Zusätzliche Supportleistungen können gesondert vereinbart und vergütungspflichtig sein.

5.2 Die Nutzungsrechte des Kunden erfassen ausschließlich die Rechte, die der Kunde benötigt, um die Softwarelösung vertragsgemäß nutzen zu können. Darüber hinausgehende Rechte werden dem Kunden an der Software nicht eingeräumt.

5.3 Zur Ausstellung, öffentlichen Wiedergabe, insbesondere der öffentlichen Zugänglichmachung, Bearbeitung, Umgestaltung, Übersetzung, Dekompilierung oder sonstigen Umgestaltung der Softwarelösung ist der Kunde nicht berechtigt. Die Rechte aus §§ 69d Abs. 3, 69e UrhG bleiben unberührt.

5.4 Der Kunde ist verpflichtet, die Zugangsberechtigung zu der Softwarelösung vor unbefugtem Zugriff zu schützen und nach Kenntniserlangung von einem unberechtigten Zugriff oder dem Vorliegen konkreter Anhaltspunkte dafür den Anbieter unverzüglich zu unterrichten.

5.5 Kunden dürfen keine Lasttests durchführen. Penetrationstests sind vorab rechtzeitig anzukündigen und mit dem Anbieter abzustimmen. Die dabei entstehenden Kosten trägt der Kunde.

5.6 Bei der Nutzung der Softwarelösung des Anbieters ist es dem Kunden untersagt:

- Schutzrechte Dritter wie Marken, Urheber- und Namensrechte zu verletzen, Dokumente, Dateien, IT-Systeme Dritter und Daten im Zusammenhang mit unseren Leistungen zu verwenden, die mit Schadcode oder Viren behaftet sind,
- andere Kunden und Dritte zu belästigen oder diese durch die Störung des Systems des Anbieters zu beeinträchtigen,

- über bereitgestellte Funktionalitäten und Schnittstellen hinausgehende Mechanismen, Software und Skripte einzusetzen, insbesondere wenn hierdurch unsere Leistungen blockiert, modifiziert, kopiert oder überschrieben werden, sowie
- unsere Leistungen durch Datenveränderung (§ 303a StGB), Computersabotage (§ 303b StGB), Fälschung beweiserheblicher Daten (§ 269, 270 StGB), Unterdrückung beweiserheblicher Daten (§ 274 StGB), Computerbetrug (§ 263a StGB), Ausspähen von Daten (§ 202a StGB), Abfangen von Daten (§ 202b StGB) oder andere Straftaten zu beeinträchtigen.

5.7 Der Anbieter ist berechtigt, nach Angabe von legitimen Gründen den Zugang zur Softwarelösung abzulehnen und den Kunden bzw. die Nutzer des Kunden zu sperren oder auszuschließen bzw. den Vertrag außerordentlich zu kündigen, sollte der Anbieter Beschwerden über den Kunden erhalten oder sollten die Vorgaben aus dem Vertrag und diesen AGB, sonstige durch den Anbieter kommunizierte Anforderungen oder die Einhaltung gesetzlicher Regelungen durch den Kunden missachtet werden. Hierüber wird der Anbieter den Kunden jeweils unverzüglich informieren und dem Kunden Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Vor einer vollständigen Sperrung oder einem vollständigen Ausschluss wird der Anbieter den Kunden 30 Tage vorab hierüber unter Angabe entsprechender Gründe informieren. Sofern der Kunde den Grund, der zur Ablehnung, Sperrung oder zum Ausschluss geführt hat, beseitigt, wird der Anbieter eine Wiederaufnahme der Leistungen auf der Plattform des Anbieters prüfen.

5.8 Die Weitergabe bzw. der Weiterverkauf von Login-Daten oder vertraglichen Leistungen an Dritte ist ausgeschlossen.

6. Kunden- und Mitwirkungspflichten

6.1 Der Kunde verpflichtet sich gegenüber dem Anbieter, bei jeder über die Softwarelösung versendeten E-Mail eindeutig als Absender identifizierbar zu sein.

6.2 Der Kunde verpflichtet sich, im Zusammenhang mit der Nutzung der Softwarelösung die gesetzlichen Pflichten, insbesondere die Pflichten des Digitale-Dienste-Gesetzes, des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie der Datenschutz-und Pressegesetze der EU, des Bundes und des jeweiligen Landes, soweit einschlägig, einzuhalten und hierfür auch die durch den Anbieter bereitgestellten technischen Möglichkeiten zu nutzen. Vorgenanntes gilt insbesondere für die jeweils aktuellen technischen Möglichkeiten zur E-Mail-Authentifizierung.

6.3 Der Kunde verpflichtet sich, in den über die Softwarelösung verbreiteten E-Mails oder sonstigen Medienformaten keine Inhalte zu verbreiten, die gegen diese AGB oder sonstige gesetzliche und rechtliche Vorschriften verstoßen, radikal sind oder spezifischen Sekten angehören. Darüber hinaus sind alle gesetzlichen Vorschriften zur Nutzung von E-Mails und anderen Medienformaten zu Werbezwecken einzuhalten, insbesondere und ganz explizit die Vorschriften des § 7 des Gesetzes gegen den Unlauteren Wettbewerb (UWG).

6.4 Der Kunde verpflichtet sich, folgende Beistellungen und Mitwirkungen als Nebenleistungspflichten kostenfrei zu erbringen:

- Einräumung von erforderlichen Nutzungsrechten an Software Dritter, insbesondere Datenbanken, Server-Betriebssysteme und Anwendungen.
- Erstellung von Backups des IT-Systems und anderen IT-Komponenten.
- Mitteilung der geltenden Richtlinien zum Fernzugriff auf das IT-System.
- Zurverfügungstellung von Testfällen, Testdaten und Testumgebungen.
- Meldungen von Sach- und Rechtsmängeln sowie von Störungen müssen eine Problembeschreibung (z.B. mit Screenshots, anonymisierten Logfiles) enthalten.
- Bei sicherheitsrelevanten Updates behält sich der Anbieter vor, die Leistungen kurzfristig anzupassen. Daraus resultierende Anpassungen auf den IT-Systemen des Kunden sind vom Kunden vorzunehmen. Bei Bedarf wird der Anbieter Unterstützung leisten.

- Eigenständige und eigenverantwortliche Integration der Software (ggf. nebst Schnittstelle) in das bestehende IT-System des Kunden.

6.5 Der Kunde ist dafür verantwortlich, dass bei ihm die technischen Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Softwarelösung gegeben sind, insbesondere hinsichtlich des Betriebssystems, der Verbindung zum Internet und der (Browser-)Software unter Beachtung der durch den Anbieter ggf. jeweils erteilten technischen Vorgaben. Im Falle der Weiterentwicklung oder Änderung der technischen Komponenten der Software (z.B. Betriebssystem-, Browsersoftware) obliegt es dem Kunden, die notwendigen Anpassungen bei der von ihm eingesetzten Software vorzunehmen.

6.6 Verzögert sich die Erbringung der Leistung des Anbieters aufgrund eines Umstandes, den der Kunde, seine gesetzlichen Vertreter, Mitarbeitenden oder Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben, verschieben sich etwaige Terminvereinbarungen um den entsprechenden Zeitraum. Der Anbieter ist also bis zur ordnungsgemäßen Erbringung seiner Mitwirkungspflichten von seiner Leistungspflicht befreit.

6.7 Auf entsprechende Aufforderung des Anbieters hat der Kunde innerhalb von 48 Stunden, gerechnet ab der vorgenannten Aufforderung des Anbieters, gegenüber dem Anbieter den Nachweis ordnungsgemäßer Einwilligungserklärungen (sog. „Opt-Ins“) für die von ihm über die Softwarelösung des Anbieters angeschriebenen E-Mail-Adressen zu erbringen. Kann der Kunde diesen Nachweis der rechtswirksamen Opt-Ins nicht innerhalb der genannten Frist erbringen, ist der Anbieter berechtigt, für jede von ihm angeschriebene E-Mail-Adresse ohne das Vorliegen eines rechtswirksamen Opt-Ins eine Vertragsstrafe in Höhe von 250 Euro geltend zu machen. Die Geltendmachung eines darüber hinausgehenden Schadens bleibt vorbehalten. Die Angemessenheit der Vertragsstrafe kann bei Bedarf vom zuständigen Gericht überprüft werden. Die Einrede des Fortsetzungszusammenhangs ist ausgeschlossen.

Über die Berechtigung zur Geltendmachung der vorgenannten Vertragsstrafe hinaus ist der Anbieter zusätzlich berechtigt, gegen den Kunden im Falle des Verstoßes gegen die in Ziff. 6.7 genannte Aufforderung bzw. im Falle des Verstoßes gegen diese AGB bzw. gegen eine den Kunden treffende gesetzliche Pflicht, insbesondere der Pflicht zur Einhaltung der für E-Mail-Marketing geltenden Vorschriften, vor dem Hintergrund des jeweiligen Verstoßes angemessene weitergehende Sanktion zu verhängen, etwa eine temporäre oder dauerhafte Sperrung seines Accounts oder eine außerordentliche Kündigung des Vertrages mit dem Kunden.

6.8 Der Kunde stellt den Anbieter von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die diese aufgrund der Versendung von Nachrichten durch den Kunden über die Softwarelösung gegen den Anbieter geltend machen. Diese Freistellung gilt nur, wenn der Kunde die geltend gemachten Ansprüche zu vertreten hat, und umfasst die angemessenen Kosten einer Rechtsverteidigung, sofern der Anbieter keine Anerkenntnisse oder Vergleiche über die geltend gemachten Ansprüche ohne die Zustimmung des Kunden abschließt. Von dieser Freistellung ausgenommen sind Ansprüche aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz. Ebenso wenig gilt sie für Ansprüche, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des Anbieters beruhen.

7. Verfügbarkeit

Die Verfügbarkeit der Softwarelösung richtet sich nach der jeweiligen Leistungsbeschreibung. Der Anbieter informiert Kunden rechtzeitig im Voraus über geplante Wartungsarbeiten. Er ist berechtigt, außerplanmäßige Updates durchzuführen, um Sicherheit und Funktionalität der Software zu gewährleisten.

8. Zurückbehaltungsrecht

Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Kunde nur ausüben, soweit es sich um Forderungen aus demselben Vertragsverhältnis handelt.

9. Zahlungsbedingungen

9.1 Die zu zahlende Vergütung orientiert sich an den Regelungen des vereinbarten Angebotes. Davon abweichende Vereinbarungen zu Zahlungsmodalitäten sind nur wirksam, wenn sie in Textform erfolgen und von beiden Parteien bestätigt werden (z.B. per E-Mail) bzw. nach den Regelungen der Ziff. 9.4 dieser AGB.

9.2 Wird das Versandvolumen, das im Angebot durch den Versand-Tarif vereinbart wurde, überschritten, erfolgt nach Ablauf des jeweils vereinbarten abgegrenzten Zeitraums eine volumenabhängige Nachberechnung. Diese richtet sich nach den Bestimmungen des jeweils gültigen Angebotes.

9.3 Übersteigt die durchschnittliche Größe der versendeten E-Mails die im Angebot vereinbarten Bedingungen, wird der zusätzliche E-Mail-Traffic nachberechnet. Dies erfolgt gemäß den Bestimmungen des Angebotes.

9.4 Der Anbieter hat das Recht, die Preise zu erhöhen oder zu verringern, falls sich die Preise der Dienstleister verändern, falls dies zum Ausgleich inflationärer Preisänderungen notwendig ist, falls sich der Verbraucherpreisindex entsprechend verändert oder für den Fall, dass der Anbieter sein Geschäftsmodell anders bepreisen möchte. Preisveränderungen werden dem Kunden selbstverständlich rechtzeitig vorab mitgeteilt, sodass er ihnen zustimmen oder sie ablehnen kann. Sollte der Kunde mit einer Preisveränderung nicht einverstanden sein, werden die Parteien versuchen, in gemeinsamen Abstimmungen eine Lösung zu finden. Sollte hierbei keine Lösung gefunden werden, steht jeder Partei ab Scheitern der Verhandlungen das Recht zur Kündigung dieses Vertrags mit einer Frist von einem (1) Monat zu.

9.5 Sämtliche durch den Anbieter angegebenen Preise verstehen sich in Euro und werden netto (zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer) angegeben.

10. Gewährleistung

10.1 Es gelten vorbehaltlich der nachfolgenden in Ziffer 10 dieser AGB vereinbarten Regelungen die gesetzlichen Bestimmungen.

10.2 Die Haftung des Anbieters für anfängliche Mängel der Software ist ausgeschlossen, es sei denn, diese Mängel wurden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht.

10.3 Mängelansprüche entfallen, wenn der Kunde ohne vorherige Zustimmung des Anbieters Änderungen an den Leistungen vorgenommen hat oder wenn die Leistungen vom Kunden zu einem nicht von diesem Vertrag gedeckten Zweck eingesetzt werden und diese Handlung für das Auftreten des Mangels allein verantwortlich ist.

10.4 Kommt der Anbieter nach erstmaliger betriebsfähiger Bereitstellung des Services den vereinbarten Verpflichtungen nicht nach, so ist der Kunde verpflichtet, dem Anbieter eine angemessene Nachfrist zur Erfüllung zu setzen. Nur wenn der Anbieter diese Nachfrist schuldhaft nicht einhält, verringert sich die monatliche Nutzungspauschale anteilig für die Zeit, in der der Service dem Kunden nicht im vereinbarten Umfang zur Verfügung stand.

10.5 Falls E-Mails aufgrund einer Softwarestörung nicht oder fehlerhaft versendet wurden, hat der Kunde ausschließlich Anspruch auf einen kostenlosen Neuversand. Weitergehende Gewährleistungsansprüche des Kunden wegen fehlerhaften oder ausbleibenden Versands sind ausgeschlossen.

11. Vertragsbeginn, Dauer des Vertrages, Kündigung

11.1 Der Vertragsbeginn ist immer der erste Tag eines Monats, auch wenn dieser auf einen Sonn- oder Feiertag fällt.

11.2 Wenn nicht anders vereinbart, wird der Vertrag für eine Dauer von zwölf Monaten geschlossen (nachfolgend “Mindestvertragslaufzeit” genannt). Nach Ablauf der Mindestvertragslaufzeit verlängert sich der Vertrag automatisch um weitere zwölf Monate, sofern keine der Parteien den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf der Mindestvertragslaufzeit kündigt. Zusätzliche Add-Ons, die mit Vertragsstart oder nachträglich gebucht werden, sind unter Einhaltung derselben Mindestvertragslaufzeit und mit gleicher Frist kündbar.

11.3 Das Recht zur außerordentlichen Kündigung beider Parteien bleibt unberührt.

11.4 Mit Wirksamwerden der Kündigung wird der Zugang zur Softwarelösung für den Kunden und seine Nutzer gesperrt. Der Kunde kann die mit der Softwarelösung verarbeiteten Inhalte bis zum Wirksamwerden der Kündigung exportieren. Hiernach wird der Zugang vollständig gelöscht. Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der Kündigung können vom Anbieter auf Nachfrage und ggf. gegen gesonderte Vergütung erbracht werden.

12. Haftung des Anbieters

12.1 Der Anbieter haftet jeweils uneingeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Weiter haftet der Anbieter ohne Einschränkung in allen Fällen des Vorsatzes und grober Fahrlässigkeit, bei arglistigem Verschweigen eines Mangels, bei Übernahme einer Garantie und in allen anderen gesetzlich geregelten Fällen.

12.2 Sofern wesentliche Vertragspflichten des Anbieters betroffen sind, ist die Haftung des Anbieters bei leichter Fahrlässigkeit auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden beschränkt.

12.3 Bei einfacher Fahrlässigkeit ist die Haftung des Anbieters auf den vertragstypischen und vorhersehbaren Schaden beschränkt. Außerhalb der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist die Haftung des Anbieters auf den Ersatz mittelbarer Sach- und Vermögensschäden, insbesondere entgangenen Gewinn, bei einfacher Fahrlässigkeit vollständig ausgeschlossen.

12.4 Bei höherer Gewalt sowie bei unentgeltlicher Nutzung der Leistungen des Anbieters ist die Haftung des Anbieters bei einfacher Fahrlässigkeit insgesamt ausgeschlossen. Wesentliche Vertragspflichten sind Pflichten, die sich aus der Natur des Vertrages ergeben und deren Verletzung die Erreichung des Vertragszweckes gefährden würde sowie Pflichten, die der Vertrag dem Anbieter nach seinem Inhalt zur Erreichung des Vertragszwecks auferlegt, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst möglich macht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf.

12.5 Der Kunde hat für das Handeln seiner Mitarbeiter, gesetzlichen Vertreter, Erfüllungsgehilfen und etwaiger anderer Nutzer der Softwarelösung des Anbieters wie für eigenes Handeln einzustehen. Darüber hinaus hat der Kunde den Anbieter im Rahmen seiner vertraglichen oder gesetzlichen Verantwortlichkeit auf erstes Anfordern von haftungsrechtlichen Inanspruchnahmen Dritter aufgrund von Schäden freizustellen, die durch die Nutzung der Softwarelösung bei Dritten und sonstigen Betroffenen hervorgerufen wurden.

13. Rechtswahl, Erfüllungsort, Gerichtsstand

13.1 Es gilt deutsches Recht.

13.2 Erfüllungsort für alle Leistungen aus den mit dem Anbieter bestehenden Geschäftsbeziehungen sowie Gerichtsstand ist der Sitz des Anbieters, soweit der Kunde nicht Verbraucher, sondern Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Dasselbe gilt, wenn der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland oder der EU hat oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist. Die Befugnis, auch das Gericht an einem anderen gesetzlichen Gerichtsstand anzurufen, bleibt hiervon unberührt.

13.3 Die Bestimmungen des UN-Kaufrechts finden keine Anwendung.

14. Schlussbestimmungen

14.1 Die Beachtung des Exportkontrollrechts sowie die Beachtung sämtlicher Ein- und Ausfuhrbestimmungen in Bezug auf die Nutzung der Softwarelösung liegt ausschließlich beim Kunden.

14.2 Änderungen und Ergänzungen der AGB sowie des gesamten zwischen dem Anbieter und dem Kunden bestehenden Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform, sofern nicht die folgenden Erläuterungen besondere Form-oder Prozessvorschriften vorschreiben.

14.2.1 Änderungen und Ergänzungen, die aufgrund geänderter rechtlicher oder technischer Anforderungen an der Softwarelösung vom Anbieter vorgenommen werden (müssen) und die keine negativen Auswirkungen auf die dem Kunden zustehenden Leistungen haben, werden wirksam, wenn der Kunde einer Änderung nicht innerhalb eines (1) Monats nach Zugang einer Änderungsmitteilung in Textform widerspricht und der Anbieter den Kunden vorab auf sein Widerspruchsrecht hingewiesen hat. Widerspricht der Kunde der Änderung, gilt der Vertrag unverändert weiter und der Anbieter ist zur außerordentlichen Kündigung des Vertrags mit einer Frist von einem (1) Monat zum Ende des nächsten Kalendermonats berechtigt.

14.2.2 Änderungen und Ergänzungen des Vertrags, die aufgrund geänderter Leistungs-, Vergütungs- oder sonstiger kaufmännischer oder operativer Anforderungen vom Anbieter vorgenommen werden möchten und welche negative Auswirkungen auf das Vertragsverhältnis für den Kunden haben, werden nur wirksam, wenn der Kunde ihnen ausdrücklich zustimmt. Diese Zustimmung kann über das Klicken eines Einwilligungs-Buttons in der Änderungsmitteilung (E-Mail oder Pop-Up im Rahmen der Nutzung der Softwarelösung) bzw. auf einem sonstigen bereitgestellten einfachem und transparenten Weg erteilt werden. Sollte der Kunde nicht zustimmen, gilt der Vertrag unverändert weiter und der Anbieter ist zur Kündigung des Vertrags im Rahmen der vertraglich vereinbarten Kündigungsfristen berechtigt.

14.2.3 Die Textform gilt auch für eine Änderung dieser Formklausel. Der Vorrang individueller Nebenabreden bleibt unberührt.

14.2.4 Die vorgenannten Fristen gelten nicht und es besteht lediglich ein Informationsrecht über Änderungen des Vertrags, sofern die Änderungen zur Abwehr einer unvorhergesehenen und unmittelbar drohenden Gefahr notwendig sind, um den Kunden vor Betrug, Schadsoftware, Spam, Verletzungen des Datenschutzes oder anderen Cybersicherheitsrisiken zu schützen.

14.3 Sollte eine der Bestimmungen des Vertrags unwirksam sein oder der Vertrag eine regelungsbedürftige Lücke enthalten, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen oder lückenhaften Bestimmungen nicht. Die Parteien verpflichten sich in diesem Fall, die unwirksamen oder lückenhaften Bestimmungen durch wirtschaftlich den unwirksamen oder lückenhaften Bestimmungen am nächsten kommende Bestimmungen zu ersetzen bzw. zu vervollständigen.

II. Kundeninformationen

1. Identität des Verkäufers

Positive Group Chemnitz GmbH (ehemals firmiert unter „Mailingwork GmbH")
Schönherrstraße 8
09113 Chemnitz
Deutschland

Vertreten durch den Geschäftsführer Mathieu Tarnus, ebendort.

Telefon: +49 (0) 371 337161-0
E-Mail: info@mailingwork.de

Die Europäische Kommission stellt eine Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (OS-Plattform) bereit, aufrufbar unter http://ec.europa.eu/odr.

2. Informationen zum Zustandekommen des Vertrages

Die technischen Schritte zum Vertragsschluss, der Vertragsschluss selbst und die Korrekturmöglichkeiten erfolgen nach Maßgabe von Ziffer 3 der AGB (Teil I.).

3. Vertragssprache, Vertragstextspeicherung

3.1 Die Vertragssprache ist Deutsch.

3.2 Der vollständige Vertragstext wird durch den Anbieter nicht gespeichert.